



Köln, 25.09.2006

Pressemitteilung

Einzelhandel kritisiert Abstimmungschaos im Antidumpingfall Schuhe

Als unerträglichen Zustand hat die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE), die die Außenwirtschaftsinteressen des deutschen Einzelhandels vertritt, die gegenwärtige Situation im Falle des Antidumpingverfahrens gegenüber Lederschuhen aus China und Vietnam kritisiert. Noch nie sei die Unsicherheit über die Entscheidung endgültiger Maßnahmen so groß gewesen. Außerdem dränge sich der Eindruck auf, daß durch die wiederholte Behandlung des Falls in diversen Gremien die Verhängung von Antidumpingzöllen in Höhe von 16,5 % bzw. 10 % auf Biegen und Brechen herbeigeführt werden solle.

Während in den meisten zurückliegenden Antidumpingfällen einige Zeit vor Beendigung des Verfahrens vorhergesagt werden konnte, ob endgültige Antidumpingzölle verhängt werden oder nicht - lediglich die Höhe des Zolls blieb unklar -, ist die Situation im Falle der bislang mit vorläufigen Antidumpingzöllen belegten Schuheinfuhren aus China und Vietnam noch völlig konfus. Zwei Wochen vor der Entscheidung über endgültige Antidumpingzölle scheinen einige Mitgliedstaaten sich noch nicht darauf verständigt zu haben, wie sie entscheiden werden. Auch haben einige Mitgliedstaaten ihre ursprünglich ablehnende Position auf Druck des protektionistischen Lagers offensichtlich revidiert.

Die AVE appelliert an die Regierungen der noch unentschlossenen EU-Mitglieder, sachfremde und ausschließlich politisch beeinflusste Motive bei ihrer Entscheidung außer Acht zu lassen und gegen die Verhängung von endgültigen Antidumpingzöllen zu stimmen. Derartige Zölle lägen nach Auffassung der AVE nicht im Interesse der Gemeinschaft. Vielmehr würden dadurch Handel, Konsumenten und die importierende Schuhindustrie

geschädigt, ohne daß die in der EU produzierenden Unternehmen einen Nutzen aus den Zöllen ziehen könnten.

Erschwert wird die gegenwärtige Situation auch dadurch, daß Gerüchten zufolge der Juristische Dienst des Rates es für legitim erachtet haben soll, die bislang verhängten vorläufigen Zölle in endgültige umzuwandeln. Die AVE hat ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines solchen Vorgehens.

Nach Auffassung des AVE-Hauptgeschäftsführers Jan Eggert hat der gesamte Schuhfall besonders deutlich gemacht, wie reformbedürftig das geltende EU-Antidumpingrecht ist. "Es ist dringend erforderlich, daß die EU-Kommission den bereits im Mai begonnenen Reflexionsprozeß über die künftige Ausrichtung von Handelsschutzmaßnahmen konsequent fortsetzt. Dabei darf es auch im Hinblick auf Antidumpingverfahren und Entscheidungsmechanismen keine Tabus geben," sagte Eggert.

Kontakt :

Anja Lörcher, Tel.: +32-2-7416403

Stefan Wengler, Tel.: +49-221-92183413

Die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels vertritt seit über 50 Jahren die außenwirtschaftlichen Interessen des deutschen Einzelhandels, der im Rahmen seiner weltweiten Einkaufspolitik auf eine reibungslose Einfuhr von Konsumgütern aller Art angewiesen ist. Mit der stetig zunehmenden Internationalisierung des Einzelhandels wächst für die AVE jedoch auch die Bedeutung des Marktzugangs in Ländern außerhalb der Europäischen Union. Darüber hinaus engagiert sich die AVE für eine strikte Einhaltung von Sozialstandards in den Lieferländern.

IMPRESSUM / KONTAKT

Außenhandelsvereinigung des
Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE)
Mauritiussteinweg 1
D - 50676 Köln

Tel: +49 (0) 221 92 18 34 - 0

Fax: +49 (0) 221 92 18 34 - 6

Email:info@ave-koeln.de

Internet:www.ave-koeln.de